

Post mail 27.11.2023  
30.5.23  
J.



CDU-Fraktion Plauen  
Unterer Graben 1  
08523 Plauen  
Rathaus, Zimmer 150

Stadtverwaltung Plauen

Oberbürgermeister  
Herr Steffen Zenner

Reg. Nr. 338-23  
Herr Felles → GIB OB  
Bitte um Stellungnahme: GIB II



Behandlung: Bildung- & Sozialausschuss  
Verwaltungsausschuss

Plauen, 23.05.2023

Antrag

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die CDU-Fraktion beantragt, nachfolgend genannte Maßnahmen zur Erhöhung von Ordnung und Sicherheit in der Stadt Plauen umzusetzen.

In die Polizeiverordnung der Stadt Plauen ist zeitnah die Durchsetzung und Überwachung eines Drogen- und Alkoholverbots aufzunehmen. Explizit ist das Stadtzentrum im Bereich Postplatz und Lutherpark mit den angrenzenden Straßen aufzunehmen.

Beitrag

Als Grundlage dazu gelten auch die Forderungen aus dem Antrag Reg.-Nr. 211-17.

Alle weiteren notwendigen rechtlichen Grundlagen hinsichtlich einer Handlungsgrundlage sind durch die Stadtverwaltung zu klären und entsprechend in die Verordnung aufzunehmen. Stadtfeste sind dabei gesondert zu betrachten.

Der Stadtrat ist noch vor der Sommerpause 2023 zur Beschlussfassung einzubinden.

Begründung:

Mit Beginn der wärmeren Jahreszeit und den endenden Einschränkungen der vergangenen Jahre durch die Corona-Pandemie müssen wir als CDU-Fraktion leider zur Kenntnis nehmen, dass Polizeieinsätze durch gewaltbereite Bürger im Bereich der Innenstadt wieder zunehmen.

Forderungen, die von uns als CDU-Fraktion bereits in den Jahren seit 2017 mit dem Alkoholverbot und der Videoüberwachung beantragt wurden, sind leider wieder aktuell und sollten von der Verwaltung für eine lebenswerte Stadt mit einem sicheren Aufenthaltsgefühl umgesetzt werden.

Als Kommunalpolitiker wollen wir mit diesen Änderungen in der Polizeiverordnung Grundlagen schaffen, die Gefahr aufgrund alkohol- und drogenbedingter Straftaten gegenüber dem Leben, der körperlichen Unversehrtheit und dem Eigentum abzuwehren. Es ist wichtig, gerade Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung zu schützen. Der Gewaltbereitschaft, die leider immer wieder von einzelnen Personengruppen ausgeht, kann nicht länger tatenlos zu gesehen werden.

Jörg Schmidt  
Fraktionsvorsitzender